

«EU hat schon manche Krise gemeistert»

Die Schweiz und die EU werden immer aufeinander angewiesen sein, ist der EU-Botschafter in der Schweiz, Michael Matthiessen, überzeugt. Im Interview erläutert er zudem, warum 2017 das Jahr sein könnte, in dem die Beziehungen erweitert und vertieft werden.

VON ANNA KAPPELER

Herr Botschafter, in wenigen europäischen Ländern ist die EU unbeliebter als in der Schweiz. Macht es Spass, die EU hier zu vertreten?

Michael Matthiessen: Ich glaube, dass die Schweizerinnen und Schweizer es schätzen, in einem friedlichen, demokratischen und prosperierenden Europa zu leben. Und dass sie sich bewusst sind, dass sie dies zu einem grossen Teil der europäischen Integration zu verdanken haben. Ja, ich vertrete gerne die Europäische Union in der Schweiz. Sie ist ein wichtiger Partner. Und ich habe Freude an meiner Arbeit.

Haben Sie Verständnis dafür, dass die Schweiz nicht in der EU ist?

Matthiessen: Die Schweiz ist ein freies Land, genauso wie die Mitgliedstaaten der EU. Sie kann frei entscheiden, welchen Weg sie gehen will. Diese Freiheit und das Glück, Nachbarn zu haben, die seit über 60 Jahren miteinander in Frieden leben, verdankt die Schweiz wie gesagt auch der EU.

Nervt sich die EU über die Schweiz und sieht in ihr eine Rosinenpickerin?

Matthiessen: Die Schweiz ist in erster Linie ein wichtiger wirtschaftlicher und politischer Partner. Der Handelsaustausch zwischen der EU und der Schweiz beläuft sich auf eine Milliarde Franken pro Arbeitstag! Was stimmt, ist, dass das System der bilateralen Abkommen sehr kompliziert geworden ist. Es gibt über 100 Verträge zwischen der EU und der Schweiz. Jeder funktioniert nach anderen Regeln, es gibt Rechtsunsicherheiten, die die Verträge nicht lösen können. Die Europäische Union wünscht sich da eine Vereinfachung und mehr Rechtssicherheit für Bürger und Unternehmen. Deshalb verhandeln wir mit der Schweiz über ein institutionelles Rahmenabkommen. In den Sektoren, wo die Schweiz am EU-Binnenmarkt teilnimmt, wollen wir einheitliche «Hausregeln» schaffen.

Wie beurteilt die EU den eingeschlagenen Weg der Schweiz bei der Zuwanderungs-Initiative?

Matthiessen: Die Europäische Kommission hat das Gesetz, welches das Schweizer Parlament beschlossen hat, begrüsst. Nun werden wir dessen Anwendung in den Verordnungen und in der Praxis genau beobachten.

Wird es die Personenfreizügigkeit in zehn Jahren überhaupt noch geben?

Matthiessen: Auf jeden Fall! Die Personenfreizügigkeit ist eine der vier Freiheiten des EU-Binnenmarktes und gehört sozusagen zur DNA des europäischen Integrationsprojektes. Es mögen Anpassungen nötig werden, etwa bei den Bedingungen für den Zugang zu den Sozialleistungen. Aber das Recht der Bürgerinnen und Bürger der EU, in allen Mitglied-



staaten ein Stellenangebot oder einen Studienplatz annehmen zu dürfen und sich frei zu bewegen, wird bleiben.

Der Brexit und die Zuwanderungs-Initiative können als Warnung gelesen werden, dass sich die EU dringend weiterentwickeln muss.

Was macht die EU falsch?

Matthiessen: Die Europäische Union entwickelt sich seit 60 Jahren und hat schon manche Krise gemeistert. Sonst wäre sie nicht da, wo sie heute ist. Und sie hat auch auf die Brexit-Abstimmung reagiert. Die Europäische Kommission hat im März in ihrem Weissbuch zur Zukunft Europas fünf mögliche Szenarien für die Weiterentwicklung der EU mit 27 Mitgliedstaaten präsentiert – von einem Rückbau und einer Konzentration auf den Binnenmarkt bis hin zu einer weiteren Vertiefung der politischen Integration. Diese Optionen werden jetzt auf allen Ebenen diskutiert. Im Dezember wird der Europäische Rat der Regierungschefs erste Schlussfolgerungen ziehen.

«Es wäre gut, wir würden das viele Verbindende betonen, anstatt manchmal so zu tun, als würden wir auf zwei verschiedenen Kontinenten leben.»

Michael Matthiessen
EU-Botschafter in der Schweiz

Was verlore die EU, würde die Schweiz die Bilateralen kündigen?

Matthiessen: Die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU bringen beiden Seiten Vorteile. Ich möchte aber daran erinnern, dass diese Verträge von der Schweiz gewünscht wurden, als Ersatz für den vom Volk abgelehnten EWR. Denn die Schweizer Wirtschaft braucht den Zugang zum EU-Binnenmarkt. Ich glaube daher nicht, dass ein solcher Schritt im Interesse der Schweiz läge.

Welche Priorität haben die Verhandlungen mit der Schweiz zum Rahmenabkommen trotz Brexit und anderen Krisen aktuell?

Matthiessen: Die EU ist zu diesem Rahmenabkommen bereit. Sicher, sie ist auch mit anderen grossen Fragen beschäftigt. Aber wenn die Schweiz den politischen Willen aufbringt, die Beziehungen zur EU auf eine neue und solidere Basis zu stellen, wird Brüssel dafür Hand bieten.

Das Rahmenabkommen ist innenpolitisch umstritten, gleichzeitig ist eine Kündigungs-Initiative angekündigt. Unterschätzt die EU die Gefahr, dass die Verhandlungen über dieses Abkommen zum Schluss die bilateralen Verträge torpedieren?

Matthiessen: Beim Rahmenabkommen geht es darum, den bilateralen Verträgen ein stabiles Fundament zu geben und den Zugang der Schweizer Exportwirtschaft zum EU-Binnenmarkt langfristig zu regeln. Durch den Abschluss dieses Abkommens wird die Partnerschaft zwischen der EU und der Schweiz ihr volles Potenzial entfalten können. Das wird in der Schweizer Öffentlichkeit noch zu wenig wahrgenommen.

Haben Sie dafür Verständnis, dass die EU zwischenzeitlich 15 Dossiers mit der Schweiz blockiert hat?

Matthiessen: Seit dem Gesetz über die Zuwanderungs-Initiative und der Ratifizierung des Kroatien-Protokolls im Dezember ist einiges in Bewegung gekommen: Die Schweiz wurde wieder assoziiertes Mitglied des EU-Forschungsprogramms Horizon 2020. Vor zwei Wochen haben die Europäische Union und die Schweiz ein Verwaltungsabkommen über die Zusammenarbeit beim Bevölkerungsschutz abgeschlossen. Bundespräsidentin Leuthard und Kommissionspräsident Juncker haben an ihrem Treffen im April angekündigt, dass alle anderen Dossiers weitergeführt werden. Nach einer dreijährigen Stagnation aufgrund der Zuwanderungs-Initiative könnte 2017 das Jahr werden, wo wir unsere Beziehungen weiterentwickeln und vertiefen.

Der Bundesrat will die nächste Kohäsionsmilliarde nicht sprechen, bis die EU der Schweiz entgegenkommt. Verhandelt der Bundesrat richtig?

Matthiessen: Es liegt nicht an mir, die Schweizer Verhandlungsstrategie zu beurteilen oder Empfehlungen auszusprechen. Die Kohäsionspolitik beruht auf dem Prinzip der europäischen Solidarität: Sie will die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte in Europa verringern. Die Europäische Union selbst wendet für Kohäsion im Zeitraum 2014–2020 gut 350 Milliarden Euro auf.

Wie wünschen Sie sich das Verhältnis der Schweiz zur EU in zehn Jahren?

Matthiessen: Die Schweiz wird auch in zehn Jahren in der Mitte Europas liegen. Und Hand aufs Herz: Gibt es einen Kontinent oder eine historische Epoche, wo Schweizerinnen und Schweizer sich wohler fühlen würden als im heutigen Europa? Was ich damit sagen will: Die EU und die Schweiz werden immer aufeinander angewiesen sein. Es wäre gut, wir würden das viele Verbindende betonen, anstatt manchmal so zu tun, als würden wir auf zwei verschiedenen Kontinenten leben. Das Interview wurde schriftlich geführt.

«Wir zahlen, EU profitiert»



Thomas Hurter,
Nationalrat
(SVP)

«Den bilateralen Weg weitergehen, aber keine vertiefte Integration: Dies ist für die Schweiz der Königsweg im Umgang mit der EU», sagt der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter. Die Schweiz tue gut daran, selbstbewusst aufzutreten und sich stärker zu positionieren. Sie sei keine Rosinenpickerin. «Wer hat die höchste Zuwanderung? Wir. Wer hat den Gotthard und die Neat finanziert? Wir. Wer profitiert? Europa.» Dennoch rassle die EU mit dem Säbel und verfolge eine Vogel-friss-oder-stirb-Haltung. Dabei sei eine Partnerschaft doch eigentlich ein Geben und Nehmen. (zge)

WIE WEITER?



EHER GEGEN EU-BEITRITT

Die Meinung der Eidgenossen zu einem EU-Beitritt der Schweiz hat sich über die Jahre stark gewandelt. In der Mosaik-Studie – dabei handelt es sich um eine schweizweite, repräsentative Befragung zum politischen Verhältnis zu Europa – sprachen sich im Jahr 2005 noch 44 Prozent für einen EU-Beitritt aus. 2015 waren nur noch

knapp 17 Prozent dafür. Müssten die Befragten nun zwischen EU-Beitritt und Bilateralen entscheiden, wären 80 Prozent für die Bilateralen, 8 Prozent für einen EU-Beitritt und 12 Prozent für die Einstellung sämtlicher Annäherungen.



EU-OSTERWEITERUNG

Die grösste Erweiterung in der Geschichte der EU fand am 1. Mai 2004 statt. Damals wurden die Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern als Vollmitglieder in die EU aufgenommen. Die Aufnahme von Rumänien und Bulgarien erfolgte am 1. Januar 2007, Kroatien wurde am 1. Juli 2013

das 28. Mitglied der Europäischen Union. Den Status eines Beitrittslandes haben derzeit Mazedonien, Albanien, Montenegro, Serbien und die Türkei. Potenzielle Beitrittskandidaten sind auch Bosnien und Herzegowina und Kosovo.

VERHÄLTNIS ZUR TÜRKEI

Die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU wurden offiziell im Oktober 2005 aufgenommen. Bereits sechs Jahre zuvor, am 11. Dezember 1999, wurde dem Land der Status eines offiziellen Beitrittskandidaten zuerkannt. Grundlage war das Ankara-Abkommen 1963. Ein möglicher Beitritt der Türkei ist jedoch umstritten, grosse Teile von EU-Bürgern und türkischen Bürgern lehnen ihn ab. Präsident Recep Tayyip Erdogan (Bild) hingegen warf jüngst der EU vor, sie würde sein Land seit einem halben Jahrhundert warten lassen. Wenn sich bald nichts täte, würde die Türkei «auf Wiedersehen» sagen.

